

**Starke Wirtschaft.  
Gute Arbeit.  
Solide Finanzen.**

## **BESCHLUSSBUCH**

# **Kleiner Parteitag**

**(Landesparteirat)**

**24. März 2012**

**Hegelsaal in der Konzert- und  
Kongresshalle, Bamberg**



[www.bayernspd.de](http://www.bayernspd.de)

## Inhalt

<b>Wirtschaft</b> .....	2
<b>Starke Wirtschaft, Gute Arbeit</b> .....	2
<b>Antrag</b> .....	11
<b>Finanzen</b> .....	15
<b>Bessere Finanzpolitik für Bayerns Zukunft</b> .....	15

# Wirtschaft

Antrag W1

Angenommen

## Starke Wirtschaft, Gute Arbeit

### Neue Impulse für Bayerns Wirtschaft

5 Eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung wird der wirtschaftlichen Entwicklung in Bayern neue Impulse geben. Sechs Beispiele dafür, was wir ändern werden:

1. Wir bauen die Bayerische Landesbank zur Landesentwicklungs- und Mittelstandsbank um.
- 10 2. Wir starten ein wirksames Ausbauprogramm für die Breitbandversorgung im ländlichen Raum.
- 15 3. Wir sichern den Fachkräftebedarf der bayerischen Wirtschaft durch bessere und kostenfreie Bildung und Aus- und Weiterbildung sowie die Unterstützung der alters- und altersgerechten Umgestaltung von Arbeitsplätzen.
4. Wir fördern die Erwerbstätigkeit von Frauen. Wir werden die Zahl von Frauen in Führungspositionen unter anderem mit Hilfe einer gesetzlichen Quote erhöhen.
- 20 5. Wir unterstützen den Wissens- und Technologietransfer regionaler Materialkompetenzen für Glas, Keramik sowie andere traditionelle Werkstoffe auf High-Tech-Anwendungen.
- 25 6. Wir sichern Gute Arbeit in öffentlichen Unternehmen und durch ein bayerisches Vergabe- und Tarifreuegesetz.

### A. Aktive Wirtschaftspolitik für Bayern

30 **Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.**

Art. 151 der Bayerischen Verfassung

35 Wir bayerische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen den Auftrag unserer Verfassung ernst und setzen auf eine nachhaltige und langfristig ausgerichtete Wirtschaftsweise. Wir bekennen uns zu einer aktiven Rolle der staatlichen Wirtschaftspolitik bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliche  
40 Aktivitäten in Bayern. Wir beenden die passiv Politik der CSU-geführten Staatsregierung, die die Gemeinwohlverpflichtung der Wirtschaft vernachlässigt.

### Politik des qualitativen Wachstums

45 Mit einer Politik des qualitativen Wachstums wollen wir die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Menschen in Bayern ihre Ansprüche und Bedürfnisse weiter entfalten und individuell entwickeln können. Wir überlassen den

wirtschaftlichen Strukturwandel nicht ausschließlich den Märkten. Wir wollen ihn nach sozialen und ökologischen Kriterien aktiv gestalten. Nur wenn soziale Sicherheit, die Gleichstellung der Geschlechter auch auf dem Arbeitsmarkt, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und die ökologische Verantwortbarkeit des Wachstums gewährleistet sind, werden die Menschen den wirtschaftlichen Strukturwandel als Chance begreifen und ihn aktiv mitgestalten.

Eine soziale Marktwirtschaft, die ökologisch nachhaltig und im Ressourcenverbrauch verantwortbar ist, ist der Leitfaden unseres wirtschaftspolitischen Handelns. Wir setzen auf ein partnerschaftliches Miteinander der Sozialpartner unter Berücksichtigung der umweltpolitischen Verantwortlichkeiten. Quantitatives Wachstum kann hierbei nicht das alleinige Ziel des wirtschaftlichen Handelns sein. Wir wollen ein qualitatives nachhaltiges Wachstum, das unserer Verantwortung für zukünftige Generationen gerecht wird. Dies umfasst auch eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die Chancen der zukünftigen Generationen, eigenverantwortlich ihr Leben gestalten zu können, nicht beschneidet, sondern fördert. Dabei wissen wir: Wirtschaft in Bayern ist nicht nur wichtig für die Menschen hier. Wirtschaft in Bayern ist eng verknüpft mit Deutschland, Europa, der Welt.

### **Primat der Politik zurückgewinnen**

Das Kapital muss zuerst der realen Wertschöpfung und dem Wohlstand der Menschen dienen. Die Dominanz rein spekulationsgetriebenen Finanzkapitals untergräbt nicht nur die reale Wertschöpfung und Innovationen, sondern in letzter Konsequenz auch die demokratischen Gestaltungsansprüche unserer Gesellschaft. Denn wo das einzige Ziel die kurzfristige, hohe Rendite ist, geraten Arbeitsplätze unter Druck oder werden sogar vernichtet, werden Arbeitsbedingungen verschlechtert und langfristig wirksame Innovationen verhindert. Wir wollen deshalb die Dominanz der Finanzmärkte durch umfassende Regulierungen der Banken und Finanzmärkte brechen. Wir wollen das Primat demokratisch legitimierter Politik gegenüber der Wirtschaft zurückgewinnen. Das Recht auf eine menschenwürdige Arbeit hat Vorrang vor den Interessen der privaten Kapitalverwertung.

### **Zukunftsinvestitionen für mehr Lebensqualität**

Die Entwicklung der bayerischen Wirtschaft vom landwirtschaftlich geprägten Flächenland zu einem der produktivsten Industrie- und Dienstleistungsstandorte Europas gehört ohne Zweifel zu den großen Erfolgsgeschichten der Nachkriegszeit. Heute gehört die bayerische Automobilindustrie zur produktivsten der Welt, der bayerische Mittelstand erobert Spezialprodukten die europäischen Märkte. Die erfolgreiche wirtschaftliche Modernisierung Bayerns gründet neben günstigen Umständen und dem Engagement der Beschäftigten vor allem auf einer aktiven staatlichen Industriepolitik, die sich nicht auf den Markt allein verlassen hat und auf einer zügigen Entwicklung der Infrastruktur.

Doch als Folge einer rückwärtsgewandten Bildungspolitik, einer dramatischen Vernachlässigung der öffentlichen Infrastrukturen und Daseinsvorsorge, eines überholten und rückwärtsgewandten Frauen- und Familienbildes sowie einer fehlenden Strategie zum Abbau des regionalen Entwicklungsgefälles gefährdet die CSU/FDP-Staatsregierung wichtige Grundlagen für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg Bayerns. Die Zukunftsrisiken einseitiger Privatisierungspolitiken sind ebenfalls nicht mehr zu übersehen.

Wir bayerischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen wieder an die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Bayerns anknüpfen. Wir werden deshalb die

105 besonderen Stärken Bayerns weiterentwickeln. Dazu gehört vor allem die Förderung  
eines wettbewerbsstarken und innovativen unternehmerischen Mittelstandes als das  
Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Wir wollen Innovationskraft,  
Wettbewerbsfähigkeit und die Finanzierungsbedingungen der kleinen und mittleren  
Unternehmen verbessern, damit dort mehr Beschäftigung geschaffen wird und  
regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden. Eine SPD-geführte Staatsregierung  
110 wird diese Aufgaben im Dialog mit den Gewerkschaften und den  
Führungsverantwortlichen der Unternehmen in gemeinsamer Verantwortung für die  
Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bayern entschlossen anpacken.

## 115 **B. Unsere Strategie für qualitatives Wachstum**

Wir setzen auf eine ausbalancierte Strategie für mehr qualitatives Wachstum, das die  
Voraussetzungen für künftige wirtschaftliche Erfolge schafft und gleichzeitig die  
Lebensqualität der Menschen in allen Regionen verbessert. Die zentralen Elemente einer  
solchen Strategie sind Investitionen in die Infrastruktur, Innovation durch Bildung und  
120 Forschung und der vehemente Kampf für Gute Arbeit und anständige Löhne für alle  
Beschäftigten:

### **1. Infrastrukturen ausbauen – Wirtschaftsstandort Bayern weiter stärken**

125 Leistungsfähige Infrastrukturen als Teil der Daseinsvorsorge sind eine elementare  
Voraussetzung für die Lebensqualität in Bayern und für die Wettbewerbsfähigkeit der  
bayerischen Wirtschaft. Dazu zählen Energie, Internet und Verkehrswege ebenso wie  
zum Beispiel Krippenplätze, Bildungseinrichtungen, medizinische Versorgung, sozialer  
130 Wohnungsbau und funktionierende Kreditinstitute.

Bayern ist bei vielen Infrastrukturen im internationalen Vergleich deutlich abgeschlagen,  
beispielsweise bei Breitbandversorgung, moderner Energieversorgung oder  
Krippenplätzen. Wir bekennen uns zur grundsätzlichen staatlichen Verantwortung für  
135 die Bereitstellung dieser Infrastrukturen, wie auch in Art. 160 der Bayerischen Verfassung  
vorgesehen. Der Rückzug der bayerischen Staatsregierung aus dieser Verantwortung in  
den letzten 20 Jahren war ein großer Fehler und ist der Grund für viele Missstände, die  
wir täglich erleben. Die Privatisierungen (z.B. von Bayernwerk, Krankenhäusern oder der  
VIAG Interkom) und der Glaube an das freie Spiel der Marktkräfte ohne staatliche  
140 Einmischung haben die Handlungsfähigkeit der bayerischen Staatsregierung stark  
reduziert und schaden dem Wirtschaftsstandort Bayern.

Ein wichtiger Teil der staatlichen Verantwortung ist die Bereitstellung von  
Infrastrukturen in allen Teilen Bayerns, in Ballungsräumen ebenso wie in ländlichen  
145 Regionen. Dabei geben wir marktwirtschaftlichen Lösungen grundsätzlich den Vorzug,  
eine Flächendeckung ist aber durch rein marktwirtschaftliche Lösungen in der Regel  
nicht zu gewährleisten. Wir setzen daher neben den privaten Unternehmen, die  
teilweise exzellente Infrastrukturleistungen erbringen, vor allem auf kommunale,  
genossenschaftliche und die verbliebenen staatlichen Unternehmen, die aufgrund ihrer  
150 Gemeinwohlbindung neben ihrer Gewinnorientierung auch soziale, ökologische,  
gleichstellungs- und strukturpolitische Ziele verfolgen. Dabei ziehen wir moderne  
wettbewerbliche und kundenorientierte Lösungen den früheren Monopolstrukturen vor.  
Diese öffentlichen Unternehmen sollen, mit Ausnahme von sozialen und  
Bildungseinrichtungen, in der Regel eigenwirtschaftlich arbeiten und keine dauerhafte  
155 öffentliche Finanzierung benötigen.

Beim Infrastrukturausbau streben wir Verfahren zur frühestmöglichen Einbeziehung der  
Betroffenen an. Bei Beginn des Planungsprozesses muss die Öffentlichkeit sowohl bei  
der Festlegung der Planungsziele, möglicher Planungsalternativen zur Trassierung, dem

- 160 Untersuchungsumfang als auch den Kosten sowie möglicher Projektauswirkungen aktiv eingebunden und am Verfahren beteiligt werden. Die Beteiligung darf sich nicht nur auf Fragen der Umweltverträglichkeit beziehen, sondern muss alle Aspekte der Planung umfassen, also z.B. auch wirtschaftliche und verkehrliche Fragestellungen. In Konfliktfällen können Mediationsverfahren zwischen dem Vorhabenträger und den  
165 Bürgerinnen und Bürgern vermitteln. Diese müssen unter unabhängiger, externer Moderation stattfinden und im Ergebnis bei der endgültigen Planungsentscheidung berücksichtigt werden.

## 2. Innovation in Bayern

- 170 Wir werden Innovationen in Bayern stärken, eine moderne Bildungs- und Wissensgesellschaft schaffen und Chancengleichheit durch das Recht auf gebührenfreie Bildung für alle durchsetzen. Das dreigliedrige bayerische Bildungssystem wird den  
175 steigenden Kompetenz- und Qualifikationsanforderungen im Rahmen des Strukturwandels zunehmend weniger gerecht. Durch seine einseitige Orientierung auf Auslese vergeudet es Talent und Potenzial und verbaut Lebenschancen junger Menschen.
- 180 Der Strukturwandel geht mit einer rasant wachsenden Bedeutung forschungsintensiver Industrien und wissensintensiver Dienstleistungen einher. Fortschritte in der Forschung müssen künftig schneller zur Anwendung kommen und in Arbeitsplätze umgesetzt werden. Wir brauchen eine effektivere Forschungsförderung und Technologieeinführung.
- 185 Bayerns größte Stärke sind gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger und eine hochentwickelte Forschungs- und Wissenschaftslandschaft. In den letzten Jahren droht Bayern hier allerdings seine Spitzenstellung im Bundesländervergleich zu verlieren, da Innovationshäufigkeit und -geschwindigkeit merklich nachlassen.
- 190 In Bayern liegt der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttoinlandsprodukt bei 2,97% und damit deutlich hinter Baden-Württemberg (4,62%) und Berlin (3,53%). Die bayerische Forschungsintensität stagniert seit den 90er Jahren. Dadurch vergrößert sich der Abstand zu Baden-Württemberg immer weiter und Bayern  
195 droht langfristig hinter weitere Bundesländer zurückzufallen.
- Die Ausrichtung auch der Hochschulforschung einseitig auf die Bedürfnisse der Wirtschaft führt zu einer Verengung der Forschungsbereiche und lässt großes Wissenschaftspotenzial ungenutzt. Demographische Entwicklung, Gleichstellung,  
200 Klimawandel und die Erfordernisse eines ressourcenschonenden und nachhaltigen Wachstums erfordern die Aktivierung aller Potenziale in Wissenschaft und Forschung.

## 3. Gute Arbeit für Bayern

- 205 Arbeit ist die Grundlage gesellschaftlichen Wohlstands. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist in unserer Gesellschaft zentral für Einkommensmöglichkeiten und soziale Teilhabe. Infolge von Globalisierung und fortschreitender Technologisierung ändern sich der Charakter und die Bedeutung von Arbeit und Erwerbsarbeit. Der Anteil sogenannter prekärer Erwerbsformen (geringfügige und befristete Beschäftigung sowie  
210 Leiharbeit) ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Ein sich rasant ausbreitender Niedriglohnsektor zieht höhere Prekaritätsrisiken nach sich. Die Spaltung in „gute“ und „schlechte“ Arbeitsbedingungen hat sich vertieft. Aber eine Wirtschaftspolitik kann nur dann erfolgreich, innovativ und nachhaltig sein, wenn sie gute Arbeit und die Schaffung von guten Arbeitsplätzen als zentralen Auftrag ernst  
215 nimmt. Bestandteil guter Arbeitsbedingungen und nachhaltiger Wirtschaft sind für uns

Gleichstellung und Mitbestimmung im Unternehmen und die Tarifautonomie.

Der wirtschaftliche Erfolg Bayern steht und fällt mit der Qualifikation und Motivation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer in Zukunft gut qualifizierte und  
220 motivierte Fachkräfte haben will, muss gute Arbeitsbedingungen schaffen. Wir werden daher vor allem die Entstehung sozial gesicherter, zukunftsträchtiger und gerecht entlohnter Arbeitsplätze fördern. Wir treten dafür ein, dass die Lohnneinkommen mit dem Wachstum der Produktivität Schritt halten können und die Kaufkraft gestärkt wird. Wir treten für eine Stärkung der Tarifbindung ein, indem wir mit einem Vergabe- und  
225 Tariftreuegesetz sicherstellen, dass öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten die Tariflöhne zahlen.

Wir setzen uns für einen gesetzlichen Mindestlohn und das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" bei der Leiharbeit ein. Statt auf autoritäre Beziehungen und permanenten  
230 Leistungsdruck setzen wir auf die Beteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten, die mit ihrem Engagement den wirtschaftlichen Erfolg sichern. Teilhabe und Teilnahme der Arbeitnehmer an den Entscheidungen und dem wirtschaftlichen Erfolg sind für uns Grundprinzipien.

235 Wir treten ebenso für geregelte Weiterbildung in Bayern ein. Ein Gesetz zur Arbeitnehmerweiterbildung muss die Qualität und Regelmäßigkeit der Weiterbildung von Erwerbstätigen garantieren. Damit haben alle Arbeitnehmer in Bayern einen gesicherten Anspruch auf Weiterbildung.

240 Wir werden auf Landesebene eine grundlegende Reform des bayerischen Personalvertretungsgesetzes durchsetzen und die Mitbestimmung ausweiten.

Gerade auf dem Arbeitsmarkt gibt es noch keine Gleichstellung zwischen Männern und  
245 Frauen. Normalarbeitsverhältnisse mit einer gerechten und Existenz sichernden Bezahlung sind die Ausnahme. Unsere Gesellschaft macht von Anfang an viel zu starke Unterschiede zwischen Mann und Frau. Wir müssen die Voraussetzung dafür schaffen, dass sich die Geschlechter bei der persönlichen Lebensgestaltung und –planung in allen Lebensbereichen frei entscheiden können.

250 **C. Unsere Projekte zur Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs in Bayern**

#### **1. Landesbank zur Landesentwicklungs- und Mittelstandsbank umbauen**

Nachdem die CSU-Staatsregierung die Bayerische Landesbank in internationale  
255 Spekulationsgeschäfte und damit fast in den Ruin getrieben hat, wird es Zeit für eine sehr klare Neuausrichtung des bayerischen öffentlichen Bankwesens. Solide Beratung und Finanzierungen statt Renditehunger und internationaler Spekulation: Ähnlich wie die Sparkassen, die die Finanzkrisen fast unbeschadet überstanden haben, müssen sich auch die staatlichen öffentlichen Banken wieder klar auf ihre Rolle als reiner  
260 Dienstleister der bayerischen Wirtschaft sowie der bayerischen Kommunen konzentrieren.

Für diese wichtigen Kundengruppen müssen, in Zusammenarbeit mit den Sparkassen, geeignete Finanzierungslösungen angeboten werden, z.B. klassische Bankkredite, Factoring, Leasing oder Mezzanine-Förderprogramme. Besonderes Augenmerk soll dabei  
265 Handwerk und Mittelstand zukommen, da diese keinen Zugang zu Kapitalmärkten haben.

Internationale Geschäfte sollen dazu dienen, bayerische Unternehmen ins Ausland zu begleiten, und sonst auf ein Minimum beschränkt werden. Rein spekulative Geschäfte z.B. im Eigenhandel werden eingestellt.

270 Nach Vorbild der Europäischen Investitionsbank oder der KfW soll das bayerische Förderbankwesen zum Motor der wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklung

Bayerns werden. Wir bauen insbesondere die Bayerische Landesbank zu einer Landesentwicklungs- und Mittelstandsbank um. Eine Privatisierung der staatlichen Banken ist der falsche Weg.

275

## **2. Handwerk und Mittelstand stärken**

Handwerk und Mittelstand bilden einen starken Kern der Wirtschaft in Bayern. Sie sind Garant für ein dichtes Netz an Arbeits- und Ausbildungsplätzen im ganzen Land. Wir werden über die Finanzierung der wirtschaftlichen Tätigkeit hinaus konkrete

280

Maßnahmen ergreifen, mit denen dem Handwerk und Mittelstand in Bayern schnell, praxisnah und spürbar geholfen wird.

Wir werden die einzelbetriebliche Beratung in allen Lebenslagen des Betriebes ausbauen. Gemeinsam mit und unterstützend zu den Angeboten der Kammern sind Maßnahmen zu entwickeln im Bereich der Verbesserung der unternehmerischen

285

Organisation, der betrieblichen Finanzierung, der Anpassung von Unternehmensstrategien an sich ändernde Märkte und Nachfolgefragen.

## **3. Existenzgründungen fördern**

Wir fördern Existenzgründungen des Handwerks und von kleinen und mittleren Unternehmen gezielt. Wir verbessern die Bereitstellung von Risikokapital für Innovationen bei jungen Technologieunternehmen.

290

Durch eine einmalige Anschubfinanzierung aus Haushaltsmitteln und Refinanzierung über die Landesbank wollen wir von öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Banken getragene regionale Wagniskapitalfonds einrichten, die Existenzgründerinnen und -gründern den Sprung in die Selbständigkeit ermöglichen und junge Unternehmen bei der Betriebserweiterung unterstützen. Die von diesen Fonds bewilligten Mittel werden in der Regel als Kredite an die Unternehmen gewährt. Dabei sind die Fördermöglichkeiten der LfA-Förderbank Bayern und der KfW Mittelstandsbank

295

(Kreditanstalt für Wiederaufbau) zu bündeln und den Kreditnehmern gemeinsam anzubieten.

300

## **4. Energiewende vorantreiben**

Wir werden eine rasche Umsetzung der Energiewende auch in Bayern vorantreiben. Da die Privatisierung des Bayernwerks nicht rückgängig gemacht werden kann, setzen wir – im Gegensatz zur amtierenden Staatsregierung – nicht mehr auf die großen Energiekonzerne, sondern auf kommunale, genossenschaftliche und mittelständische Energieunternehmen. Eine mögliche Zusammenarbeit solcher Unternehmen unter dem Dach eines „neuen Bayernwerks“ werden wir fördern.

305

Bayern bietet große Chancen für dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung auf Basis von Wind, Biogas, Geothermie, Sonne und Wasserkraft – ergänzt durch Gas- und Dampfturbinen-Anlagen bevorzugt in Kraft-Wärme-Kopplung. Diese Chancen werden wir nutzen. Wir setzen dabei auf eine intensive und frühe Einbeziehung der Bürger einerseits bei den notwendigen Standortentscheidungen und andererseits als Mitinhaber von Anlagen, beispielsweise über genossenschaftliche Modelle.

310

Über spezifische Programme der staatlichen Förderbanken werden wir Energieeffizienz, insbesondere im Bereich der energetischen Gebäudesanierung, so ausgestalten, dass die Belastung von Mieterinnen und Mietern sozial verträglich bleibt (z.B. durch Förderkredite mit ansteigenden Annuitäten).

315

Insgesamt werden wir bei der Energiewende besonders darauf achten, dass sich die Energiekosten für Haushalte und Wirtschaftsunternehmen in verträglichen Grenzen halten. Dazu ist es notwendig, bei der Schaffung eines ökologisch nachhaltigen Energiesektors auf besonders kosteneffiziente Technologien zu setzen und die Subventionierung von teuren Technologien zu begrenzen.

320

325

## **5. Breitbandversorgung flächendeckend ausbauen**

Wir werden den Breitbandausbau in Bayern endlich auf ein international



wettbewerbsfähiges Niveau bringen und den Ausbau auf Basis eines Masterplans für Bayern vorantreiben. Ziel sind 50 MBit in jedem Gewerbebetrieb und jedem Haushalt bis  
330 2020 und 100 MBit bis 2030.

Dabei setzen wir auf eine starke Kooperation mit Telekommunikationsunternehmen, Kabelnetzbetreibern und Energieversorgern. Gemeinsam mit einer SPD-geführten Bundesregierung werden wir Breitband als Universaldienst in das Telekommunikationsgesetz aufnehmen und damit eine Ausbaupflichtung  
335 installieren.

Auf der Basis bereits existierender städtischer und kommunaler Modelle entwickeln wir ein innovatives Gesamtkonzept mit einer landeseigenen Telekommunikations-GmbH "Bay-net digital". Ein detaillierter und konsequent umgesetzter Ausbauplan sichert die  
340 sukzessive Umsetzung auf alle Regionen Bayerns.

#### **6. Nah- und Regionalverkehr ausbauen**

Millionen Pendler nutzen täglich die Bahn. In vielen Regionen ist der Schienenverkehr zu unzuverlässig und muss daher leistungsfähiger werden. Wir werden auch dieses  
345 Problem offensiv angehen und die Deutsche Bahn sowie andere Anbieter mit allen gegebenen Mitteln dazu bewegen, leistungsfähigere und zuverlässigere Verbindungen insbesondere im Regional- und Nahverkehr anzubieten.

Wichtige Großprojekte wie die Schienenanbindung des Münchner Flughafens, die Erschließung des „Chemiedreiecks“ oder die 2. S-Bahn-Stammstrecke in München sind  
350 schon zu lange von der Staatsregierung aufgeschoben worden. Wir werden diese Projekte mit deutlich mehr Energie vorantreiben.

#### **7. Zukunft der Automobilindustrie sichern**

Die starke bayerische Autoindustrie die bereits einen hohen weltweit anerkannten technischen Stand hat, muss in ihren Anstrengungen eine nachhaltige Mobilität zu organisieren unterstützt werden. Hierzu streben wir Kooperationen mit staatlichen Infrastrukturprojekten und Pilotprojekte an. Wir werden insbesondere den Einsatz von alternativen Antriebstechniken mit den dazu notwendigen logistischen  
355 Infrastrukturmaßnahmen unterstützen.

360 Wir werden darüber hinaus die Entwicklung integrierter Verkehrssysteme und die Weiterentwicklung der Automobilindustrie zur Mobilitätswirtschaft im Sinne hybrider Wertschöpfung fördern.

#### **8. Neue Chancen für traditionelle Industrien**

365 Wir werden im Rahmen einer integrierten Strukturpolitik für die Regionen ein besonderes Augenmerk darauf richten, Standorten traditioneller Industrien wie Glas, Porzellan, und Textil neue Chancen für die Zukunft zu eröffnen. Optische Anwendungen, technische Keramik und Leichtbautechnik im Automobilbau eröffnen in diesen Branchen  
370 Möglichkeiten in der High-Tech-Produktion. Wir werden unter anderem durch eine Reform der Cluster-Politik Rahmenbedingungen für eine solche Neuausrichtung traditioneller Industriestandorte schaffen.

#### **9. Forschung stärken**

375 Wir werden die bayerische Forschungspolitik im Dialog von Wissenschaft, Staat und Wirtschaft zur Identifizierung zentraler künftiger Forschungsschwerpunkte weiterentwickeln. Wir schaffen maßgeschneiderte Förderkonzepte sowohl für forschende Großunternehmen als auch für innovative mittelständische Unternehmen. Die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft wird durch den Ausbau der  
380 bestehenden Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die Gründung neuer Institute in strukturschwachen Gebieten und Ausweitung der Technologicampi an den Hochschulen gestärkt. Dabei muss das massive Ungleichgewicht in der Verteilung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in den bayerischen Regionen im Rahmen der

Clusterpolitik und durch gezielte Ansiedlung von staatlichen Forschungseinrichtungen  
385 ausgeglichen werden.

Wir werden Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungsinstituten durch  
Fortführung der bewährten Instrumente auf hohem Niveau und Verbesserung der  
390 Rahmenbedingungen für Wagniskapital unterstützen. Insbesondere an den  
Hochschulen fordern wir außerdem eine Quotierung der Personalstellen, die fakultäts-  
und fachspezifisch sowie für die einzelnen Qualifikationsstufen (also nicht pauschal  
hochschulweit) gilt. Der Freistaat Bayern muss seiner Vorbildfunktion gerecht werden  
und im öffentlichen Dienst Frauen in Führungsverantwortung bringen.

395

#### **10. Kommunale Unternehmen stärken**

Die kommunalen Unternehmen bilden schon heute den Hauptpfeiler der  
Daseinsvorsorge in Bayern. In vielen Feldern agieren sie in einem gesunden Wettbewerb  
mit privaten Anbietern. Dennoch werden sie bis heute vielfach beschränkt,  
400 beispielsweise bei Unternehmensstrukturen, Vergabeverfahren und zugelassenen  
Tätigkeiten. Wir werden dafür sorgen, dass diese Einschränkungen beseitigt werden,  
soweit das landesrechtlich möglich ist.

#### **11. Standorte und Lebensqualität sichern mit sozialer Infrastruktur**

405 Eine gut entwickelte, leistungsfähige soziale Infrastruktur zeigt sich zunehmend als  
unverzichtbarer Standortfaktor. Soziale Infrastruktur leistet dabei einen wesentlichen  
Beitrag, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für gleiche Bildungs- und  
Teilhabechancen von Anfang an und zur Sicherheit und zuverlässiger Versorgung im  
Unterstützungsfall. Ohne Aufrechterhaltung und wo nötig Ausbau von U-3-Betreuung,  
410 Kindertagesstättenplätzen und Angeboten der Betreuung wird sich die drohende  
Auszehrung der ländlichen Räume gerade durch Wegzug junger Familien nicht mehr  
beenden, ja schon gar nicht umkehren lassen.

Wir entwickeln Grundstandards für alle Bereiche des täglichen Lebens, wie  
415 Schulstandorte, Betreuungseinrichtungen für Junge und Alte, Gesundheitsversorgung  
und kulturelle Infrastruktur. Diese Standards werden vom Staat auch bei sinkenden  
Einwohnerzahlen garantiert. Nur so lässt sich Lebensqualität erhalten und Abwanderung  
stoppen. Insbesondere in den Ballungsräumen unternehmen wir alle gebotenen  
Anstrengungen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten.

#### **12. Wachstumschancen der Sozialwirtschaft nutzen**

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft gehört zu den am stärksten wachsenden  
Branchen der bayerischen Wirtschaft. Die Sozialwirtschaft generierte bereits 2006 eine  
Bruttowertschöpfung in Höhe von 12 Milliarden in Bayern. Zwischen 1992 und 2007 stieg  
425 die Zahl der Erwerbstätigen in der Sozialwirtschaft in Bayern um 49 Prozent und damit  
deutlich stärker als die Gesamtzahl der Erwerbstätigen (+7,5 Prozent). Soziale  
Infrastruktur darf auch deshalb nicht länger ausschließlich als Kostenfaktor begriffen  
werden. Wir werden durch bedarfsgerechten Ausbau im Bereich Betreuung, Pflege und  
Gesundheitsversorgung nicht nur gesellschaftliche Rahmenbedingungen für  
430 wirtschaftliche Aktivität sichern, sondern auch die Beschäftigungschancen in diesem  
Bereich entschlossen nutzen. Auch bezüglich der technischen Weiterentwicklungen und  
Innovationen im Bereich Pflege sehen wir großes Potential – für die Wirtschaft und die  
Menschen.

#### **13. Mehr Frauen in Führungspositionen**

435 Wir treten weiter für Gleichstellung von Frauen in der Erwerbsarbeit ein. Wir bringen  
mehr Frauen in Führungsetagen. Dafür fordern wir eine Mindestquote von 40 Prozent  
Frauen in den Vorständen und Aufsichtsräten. Ebenso fordern wir für den öffentlichen

440 Dienst eine 40-Prozent-Quote von Frauen in Führungspositionen und eine paritätische Besetzung von Gremien, in die die öffentliche Hand die Mehrheit entsendet. Ziel ist es, den Frauenanteil auf 50 Prozent zu erhöhen.

#### 14. Fachkräftebedarf sichern

- 445 Wir werden alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um den Bedarf der bayerischen Wirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften für die Zukunft zu sichern. Wir können es uns in Zukunft nicht mehr leisten, dass eine große Zahl von jungen Menschen in der Schule nicht die notwendigen Qualifikationen und Kompetenzen für einen erfolgreichen Berufseinstieg erhält. Durch eine Bildungspolitik, die die Gemeinschaftsschule als
- 450 zusätzliche Schulart einführt und nicht auf frühzeitige Auslese sondern vor allem auf individuelle Förderung setzt, werden wir in Bayern die Quote der Schulabbrecher senken, die Quote der Studienberechtigten erhöhen und die Studiengebühren abschaffen. Wir werden die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger verbessern und das erfolgreiche System der dualen Ausbildung stärken.
- 455 Genau wie die Potentiale der jüngeren Generation müssen auch die Potentiale der älteren Menschen im arbeitsfähigen Alter genutzt werden. Wir setzen uns aktiv für altersgerechte und alternsgerechte Arbeitsplätze und Angebote des lebensbegleitenden Lernens ein, um sicherzustellen, dass die Menschen in Bayern das gesetzliche Renteneintrittsalter auch tatsächlich erreichen können.
- 460 Die bayerische Wirtschaft lebt im hohen Maße vom Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte, sowohl innerdeutsch wie international. Damit Bayern für diese Arbeitskräfte attraktiv bleibt setzen wir auf den Ausbau der sozialen Infrastruktur und eine echte Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte.

#### 465 15. Regionen stärken und gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen

- Wir werden die Landesplanung als Staatsaufgabe im Landesplanungsgesetz und Landesentwicklungsprogramm festschreiben. Wir werden ein Konzept zu einem neuen LEP mit dem Titel „Gerechtigkeit hat eine räumliche Dimension – Wandel, Entwicklung und Partizipation in Bayern“ vorlegen, in dem die Schaffung gleichwertiger
- 470 Lebensverhältnisse für die einzelnen Politikbereiche umgesetzt wird. Wir schaffen vitale Mittelstädte und vielfältige leistungsfähige Oberzentren statt Konzentration auf Metropolen und Vernachlässigung des Restes, wie dies die Staatsregierung allen verbalen Beteuerungen zum Trotz seit Jahrzehnten macht.
- Wir werden die Verlagerung von Gestaltungsmöglichkeiten auf die Kompetenzträger in
- 475 den Regionen betreiben und Regionalbudgets zur unbürokratischen, individuellen, schnellen Wirtschaftsförderung vor Ort schaffen.

#### 16. Gute Arbeit durch faire Vergabe

- Wir werden mit einem Vergabe- und Tariftreugesetz sowie der Neugestaltung von
- 480 Förderrichtlinien gerechte, faire und existenzsichernde Löhne in allen Bereichen durchsetzen, in denen die öffentliche Hand in Bayern direkten oder indirekten Einfluss auf die Arbeitsbedingungen nehmen kann. Dazu gehören vergabespezifische Mindestlöhne, der Verzicht auf prekäre Arbeitsverhältnisse, aber auch die Durchsetzung gleicher Löhne für gleichwertige Arbeit für Männer und Frauen.
- 485 Wir führen eine Reform des Vergaberechts durch, die – zum Beispiel durch die konsequente Anwendung der Einzelvergabe – mehr öffentliche Investitionen in die heimische mittelständische Wirtschaft und das Handwerk möglich macht.

## Antrag W 2

Überwiesen als Material an Landesvorstand als Best-Practice-Modell für regionale Politikentwicklung und für die weitere Programmentwicklung im Zuge des Landtagswahlkampfes und für kommunale Wahlen

## Antrag

### Einführung

5 Der Unterbezirksparteitag des SPD-Kreisverbandes Roth am 09. Februar 2012 stand ganz im Zeichen des Leitthemas „Wirtschaftspolitik“. Gemeinsam mit dem  
10 wirtschaftspolitischen Sprecher der Bayern-SPD, Dr. Thomas Beyer, sowie weiteren Experten aus Kommunalpolitik, Wirtschaft und Wirtschaftsförderung wurden mittels eines offenen Diskussionskonzepts verschiedene Themen der regionalen und überregionalen Wirtschaftspolitik bearbeitet und, wie untenstehend aufgeführt, hieraus verschiedene Antragsforderungen für wichtige Zukunftsthemen entwickelt.

### Energie

#### Hier fordern wir:

- 15 - **Verstärkte Anstrengungen zur breiten Aufklärung in Themen der Energiewende/ Energieversorgung/Energieeinsparung (auch schon im Bildungssystem)**
- 20 - **Eine Schlüsselrolle für Stadt- und Gemeindewerke beim Vollzug der Energiewende**
- **Eine Bevorzugung von Bürgerbeteiligungsmodellen bei der Umsetzung energetischer Projekte sowohl auf überregionaler Ebene, wie auch in den Regionen.**

25 Die schockierenden Ereignisse im japanischen Fukushima zwangen auch die letzten „ewig gestrigen“ Anhänger der Kernkraft zu einem Umdenken in der zukünftigen Energieversorgung. Die Energiewende darf nach Meinung der SPD im Landkreis Roth hierbei nicht nur als daraus abzuleitende Herausforderung, sondern in erster Linie auch als **Chance** für alle im Sinne eines **wirtschaftlichen Potentials** für Regionen und  
30 Bürgergruppen betrachtet werden. Hierfür muss die Energiewende von „unten nach oben“ praktiziert werden.

Die Energiewende muss in den Köpfen der Menschen und vor allem **gemeinsam** mit den Menschen vollzogen werden. Hierbei ist verstärkte Aufklärung durch einen Ausbau der Informationstechnologien dringend notwendig. Für die SPD muss auch im energetischen  
35 Bereich gelten: Nicht Wachstum ist die oberste Prämisse, sondern die **Lebensqualität** aller.

### Stärkung des ländlichen Raums

#### 40 Unsere Forderungen:

- **Einen Sondertopf zum Schutz/zur Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft in strukturschwachen Regionen**
- 45 - **Erhalt und Schutz landwirtschaftlicher Nutzflächen**

- Bessere Regulierung des ökologischen Flächenausgleichs

50 - Auch Bildungspolitik kann Strukturpolitik sein: Dieser Grundsatz muss auch bei Schulneugründungen/Schulschließungen Berücksichtigung finden

- Bei der Bewilligung staatlicher Finanzhilfen in die Kultur- und Tourismuslandschaft einzelner strukturschwache Regionen zu bevorzugen

55

- Bei Investitionen in die Infrastruktur verstärkt auch Augenmerk auf die Verkehrsanbindung ländlicher Regionen zu legen.

60 - Verstärkte Anstrengungen in der Öffentlichkeitsarbeit strukturschwacher Regionen. Zeigen wir unsere Stärken!

- Die Verbesserung der Ärzteversorgung, vor allem im ländlichen Raum

65 - Die Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten „vor Ort“

- Die Verbesserung des Öffentlichen Verkehrs

70 Schon die gängige Bezeichnung eines „Nord-Süd-Gefälles“ lässt die zweifellos vorhandenen Stärken einzelner, oft ländlich strukturierter Regionen in den Hintergrund treten. Vielmehr müsse es gelten, die bestehenden **Potentiale herauszuarbeiten und gezielt zu fördern**. Eine Fokussierung allein auf wirtschaftliche Aspekte erscheint den Sozialdemokraten im Landkreis Roth zu kurz geraten, könnten die vermeintlich „abgehängten“ Regionen doch gerade im touristischen oder kulturellen Bereich mehr wie

75 nur punkten. Auch die **bäuerliche Landwirtschaft** ist fester Bestandteil des bayerischen Landschafts- und Gesellschaftsbildes und muss daher nicht nur geschützt, sondern auch gefördert werden. Auch der **Schulpolitik** kann in Sachen Strukturpolitik eine Schlüsselrolle zukommen. Neben einer verstärkten Förderung muss auch in der Strukturförderung im Sinne einer verbesserten **Öffentlichkeitsarbeit** die Devise gelten: „Tue Gutes und sprich

80 darüber“.

### **Nutzung wirtschaftlicher Potentiale**

85 **im Zusammenhang mit der Bundeswehrreform**

**Wir fordern:**

- Die Ansiedlung von „High-Tech-Industrie“ in strukturschwachen Regionen

90

- Die Ansiedlung einer Hochschule am Standort Roth

- Schnelle Klärung der Nutzung der Flächen und eine schnelle Freigabe aller freiwerdender Bundeswehrflächen!

95

Durch die Bundeswehrreform ist neben weiteren Standorten in Bayern auch der Standort Roth der Bundeswehr von der weitgehenden Schließung bedroht. Neben dieser ist mit ca. 2.000 Soldaten und deren Angehörigen auch der Landkreis stark betroffen. Es sind die mit der Schließung des Standortes verbundenen Auswirkungen u.a. auf die regionale

100 Wirtschaft, die Wohnungssituation, das gesellschaftliche Leben, die Situation an den Schulen, etc.

Der Standort an der autobahnähnlichen B2 ist als eine Art „Premiumstandort“ zu

105 bezeichnen, mit der schnellen Anbindung an die Großstädte Nürnberg und Fürth der Metropolregion Nürnberg, aber auch mit den Freizeitmöglichkeiten des fränkischen Seenlandes. Außerdem ist die bestehende Infrastruktur mit Werkshallen etc. für eine gewerbliche Nutzung hervorragend nutzbar. Dies würde den Einzelhandel und das Stadtleben entscheidend stärken.

#### 110 **Verbesserung der Situation junger Akademiker in ländlichen Gebieten**

**Wir fordern:**

#### 115 **Zur Verbesserung der Situation der ländlichen Gebiete als Arbeitsstätte:**

- Die Ansiedlung eines Technologieparks

- Den Aufbau von Gründerzentren

#### 120 - Eine Innovationsplattform

- Verbesserung der Anbindung im ländlichen Raum mit DSL

#### 125 **Zur Verbesserung der Situation der ländlichen Gebiete als Lebensmittelpunkt**

- Ausweitung der Angebote von bezahlbarem Wohnraum

#### 130 - Erhalt und Pflege der Freizeitmöglichkeiten

- Erweiterung der Bildungsmöglichkeiten insbesondere von Zukunftsberufen (Altenpflege, Erzieher)

#### 135 - Verbesserung der Kinderbetreuung (Kitas, Nachmittagsbetreuung, etc.)

- Die Verbesserung des Angebotes an Kunst und Kultur

140 Die ländlichen Regionen Bayerns sind als Wohn- und Aufenthaltsort für viele Familien sehr anziehend, weil die Mieten und Preise für Wohneigentum noch bezahlbar sind, verbunden mit Freizeitmöglichkeiten für die ganze Familie. Für Schüler gibt es an vielen Standorten Ausbildungsmöglichkeiten. Allerdings können die Absolventen der regionalen Gymnasien zum Studium in der Regel nur die Universitäten in größeren Städten nutzen.

145 Meist verbleiben die Studienabsolventen nach Abschluss des Studiums an den Universitätsstädten. Die ursprüngliche Investition in das Humankapital der Menschen in den Regionen und Landkreisen bleibt so ohne „Rendite“. Der ländliche Raum muss daher attraktiver für Studienabsolventen bei den Arbeitsstätten und als Lebensmittelpunkt werden.

#### 150 **Kommunale Wirtschaftsförderung – Verbesserungsmöglichkeiten**

**für ländlich strukturierte Landkreise**

#### 155 **Hier fordern wir:**

- Brachflächen und Leerstandsmanagement

## 160 - Interkommunale Gewerbeflächenentwicklung

- Kommunale Kooperationskultur und Informationspolitik

## 165 - Gemeinsames Standortmarketing von Gemeinden und Landkreisen

- Schaffung familienfreundlicher Wirtschaftsregionen

- Möglichkeiten für Betriebliche Beratung in den Regionen

## 170 - Verbesserung der Angebote für Weiterbildung / Qualifikation

- Verbesserung der Nahversorgung

## 175 - Direktmarketing von regionalen Produkten

Im Landkreis Roth verfügen die Gemeinden über zum Teil groß dimensionierte Gewerbeflächen. Vor allem in den letzten Jahren wird dabei die interkommunale Zusammenarbeit immer wichtiger - Leerstände können einfacher kommuniziert und  
180 verteilt werden, gleichzeitig kann der durch kurzsichtige „Kirchturmpolitik“ drohende Flächenfraß verhindert werden. Kooperation und gemeinsame wie gegenseitige Information minimieren Risiken und potenzieren Chancen.

Die ländliche Struktur im Landkreis lässt sich auch bei der Vermarktung von  
185 Gewerbeflächen nutzen. Standorte treffen auf eine familienfreundliche Region mit einer guten Nahversorgung, Infrastruktur und Freizeitmöglichkeiten.

Beratungs- und Kooperationsorte wie beispielsweise Unternehmerfabriken sind eine Chance, Betriebe und Mitarbeiter in persönlichem Kontakt zu beraten und Weiterbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen anzubieten.

## Finanzen

Antrag F 1

Angenommen

# Bessere Finanzpolitik für Bayerns Zukunft

## I. Finanzpolitik und Schuldenabbau für Wachstum und Gerechtigkeit

5 Steuer- und Finanzpolitik ist kein Selbstzweck, sondern die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und Gerechtigkeit. Sozialdemokratische Steuer- und Finanzpolitik ist Gesellschaftspolitik in Bayern, im Bund und in Europa.

10 Dabei gibt es für uns als bayerische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klare Prioritäten, um unsere wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Ziele zu erreichen:

- Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung, Forschung, Infrastruktur und Energiewende

15

- Stärkung der Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden,

20 • Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere Lohn- und Einkommensentwicklung,

- Schuldenabbau.

## 25 **Zukunftsinvestitionen ermöglichen**

Eine gut funktionierende Infrastruktur, gute Bildung, ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und ausreichende öffentliche Investitionen setzen solide öffentliche Haushalte voraus.

30

Wir wollen, dass der Zugang zu Bildung in Bayern nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Deshalb werden wir die Studiengebühren in Bayern unter einer SPD-geführten Landesregierung sofort abschaffen. Dazu gehört für uns aber auch, dass wir Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen begreifen und deshalb die Gebühren für Eltern und Kinder mittelfristig ganz abschaffen. Wir werden den flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen mit ausreichend Personal schaffen und die Schulen und Universitäten sanieren und auszubauen. Das wird nur mit Unterstützung des Bundes gehen. Deshalb muss das Kooperationsverbot in Bildungsfragen aufgehoben werden.

40 Wir wollen den modernen Industriestandort Bayern stärken. Dazu braucht es eine gute Verkehrsinfrastruktur, eine aktive Struktur- und Regionalpolitik, umfangreiche Investitionen in die Energiewende und eine zukunftsorientierte Förderung von Forschung und Entwicklung.

45 Wir wollen starke Städte und Gemeinden in ganz Bayern. Auch in ländlichen Räumen muss die öffentliche Daseinsvorsorge gestärkt werden, um in ganz Bayern gleichwertige



Lebensverhältnisse bieten zu können.

- 50 Wir wollen eine enge Verzahnung mit der Europapolitik. Sie setzt in vielen wichtigen Bereichen den Rahmen, den wir auch auf Landesebene füllen können. Gerade mit Hilfe der europäischen Regionalpolitik können wir wichtige Wachstumsimpulse setzen. Das belegen jetzt schon Zahlen der aktuellen Förderperiode – so wurden bis Ende 2010 2.840 zusätzliche Arbeitsplätze mit Hilfe von Investitionen aus dem Europäischen Fonds für  
55 regionale Entwicklung (294 Mil. Fördergelder, die Investitionen von ca. 817 Mil. Euro nach sich zogen).

- Wir werden den Bayerischen Haushalt nach den Prinzipien des „Gender Budgeting“ gestalten. Das bedeutet, wir werden eine geschlechterdifferenzierte Analyse des  
60 Haushalts vornehmen und Gleichstellungspolitik auch in die Haushaltspolitik integrieren.

### **Staatsverschuldung bekämpfen**

- 65 Ordnung in die Staatsfinanzen zu bringen und die Staatsverschuldung abzubauen, ist nicht nur eine ökonomische Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Staatsverschuldung bedeutet Umverteilung von ‚unten‘ nach ‚oben‘. Je höher die Staatsverschuldung ist, umso mehr Geld leiht sich der Staat von privaten  
70 Geldgebern. Die Zinsen, die der Staat zu zahlen hat, fließen in die Taschen der privaten Gläubiger. Eine Überschuldung der Staaten macht die Politik und die Volkswirtschaft zum Spielball internationaler Finanzmärkte, schränkt die Handlungsfähigkeit des Staates ein und führt zu einer Entdemokratisierung. Eine hohe Staatsverschuldung verschärft die gesellschaftliche Spaltung zwischen Arm und Reich.

- 75 Eine hohe Staatsverschuldung beschränkt massiv die politischen Handlungsmöglichkeiten. Deutschland ist mit fast 2 Billionen Euro verschuldet. Die Schuldenquote beträgt über 80 % des Bruttoinlandsprodukts. Der Schuldendienst im Bundeshaushalt ist bereits der zweitgrößte Ausgabeposten. Auch in Bayern ist der  
80 Schuldenberg auf 32 Mrd. Euro angewachsen, die Zinsen betragen über 1 Mrd. Euro.

- Die aktuelle Krise in der Europäischen Währungsunion, zeigt uns mit neuer Dringlichkeit, dass die Neuverschuldung reduziert werden muss. Deshalb werden wir die Schuldenregel des Grundgesetzes konsequent einhalten, in Bayern adäquat umsetzen und  
85 konjunkturelle Steuerermehreinnahmen zur Senkung der Neuverschuldung nutzen.

- Anders als die neoliberale Propaganda es uns glauben machen will, beruht der Anstieg der Staatsverschuldung in Deutschland nicht auf einem überbordenden Sozialstaat. Der starke Anstieg der Verschuldung in Deutschland ist zu einem großen Teil das Resultat der  
90 Notwendigkeit, die deutsche Einheit zu finanzieren, den Zusammenbruch des Finanzsektors zu vermeiden und eine Wirtschaftskrise abzuwenden. Wir fordern deshalb eine gerechte Lastenverteilung – die Verantwortlichen der Finanzkrise und die Akteure des Finanzsektors müssen an den Kosten beteiligt werden.

- 95 Wirtschaftliche Aufschwungphasen müssen konsequent zur Reduzierung der Staatsverschuldung genutzt werden. Steuerermehreinnahmen in konjunkturell guten Zeiten müssen zur Schuldentilgung eingesetzt werden. Spielraum für Steuersenkungen ist auf absehbare Zeit nicht vorhanden.

### **100 II. Verbesserung staatlicher Handlungsfähigkeit durch Einnahmeverbesserungen**

Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland kann eine Konsolidierung der Länderfinanzen nur erfolgen, wenn die Einnahmeseite des Gesamtstaates verbessert

wird. Die Handlungsfähigkeit aller staatlichen Ebenen mit Blick auf notwendige  
105 Zukunftsinvestitionen und eine die Konjunktur stabilisierende Fiskalpolitik kann nur  
sichergestellt werden, wenn die Einnahmen des Staates verbessert werden. Die  
bayerische Staatsregierung hat diese Einnahmehasis unter CSU-Regentschaft  
verschlechtert – zum Beispiel durch die Zustimmung im Bundesrat zu den  
Klientelgeschenken an Hoteliers und reichen Erben. Allein die Schwächung der  
110 bayerischen Steuereinnahmen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz beträgt 517  
Millionen Euro in 2011 und 570 Millionen Euro in 2012. Geld das für Schuldentilgung oder  
notwendige Investitionen fehlt in Bayern.

### **Folgen schwarz-gelber Klientelpolitik**

115 Nur an drei Beispielen soll verdeutlicht werden, wie sich schwarz-gelbe  
Klientelgeschenke in Bayern negativ auswirken:

120 CSU und FDP schenken den Hoteliers jedes Jahr 56 Millionen Euro aus dem bayerischen  
Haushalt, dafür waren im Doppelhaushalt 2011/2012 Kürzungen bei der  
Jugendsozialarbeit an Schulen, bei der Förderung der Jugendarbeit und bei der  
Landesstelle Schulsport, bei der Jugendhilfe, bei der Unterstützung behinderter  
Menschen in Bayern, sowie bei der frühkindlichen Sprachförderung und bei freiwilligen  
125 Leistungen im Bereich der Betreuung und Förderung von Kindern vorgesehen.

Die Besserstellung von Erben lassen sich CSU und FDP über 90 Millionen Euro  
Einnahmeverluste im Landeshaushalt kosten, aber im Gegenzug sollte im  
Doppelhaushalt 2011/2012 bei der Wohnraumförderung für Familien und bei der  
130 Städtebauförderung insbesondere bei der Sozialen Stadt, bei der Straßeninfrastruktur,  
beim Betriebsdienst auf Staatsstraßen, bei der Baudenkmalpflege, bei den Staatlichen  
Museen, bei Bibliotheken und Archiven gekürzt werden.

135 CSU und FDP verteilen ca. 180 Millionen Euro pro Jahr für Klientelgeschenke im Bereich  
der Unternehmensbesteuerung aus dem bayerischen Haushalt. Im Gegenzug wird beim  
Klimaprogramm, bei dringend notwendigen energetischen Sanierungen, bei  
Wasserversorgungsanlagen, beim Hochwasserschutz und bei der Krankenhausförderung  
gekürzt.

### **140 Steuerpolitischer Reformbedarf im Bund**

Wir streben die Regierungsübernahme in Bayern an, damit auch der Freistaat Bayern sich  
für eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik im Bundesrat einsetzen wird. Wir bayerischen  
145 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen die Beschlüsse der Bundes-  
SPD:

Wiedereinführung der Vermögensteuer und Reform der Erbschaftsteuer

150 Reform und Verbreiterung der Gewerbesteuer

Einführung Finanztransaktionssteuer, ggf. als nationale Börsenumsatzsteuer

155 Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent ab 100.000 €/200.000 € Einführung  
einer dritten Progressionsstufe ab 64.000 €/128.000 €

Abschaffung des Hotelsteuerprivilegs und Steuererleichterungen von Unternehmen

160 Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs und der Steuerhinterziehung

Reform der Abgeltungssteuer, mit dem Ziel Kapitalerträge nicht mehr gegenüber anderen Einkunftsarten steuerlich zu bevorzugen.

165 Begrenzung der Absetzbarkeit von Managergehältern

Verbesserung des Steueraufkommens durch höhere Entlohnung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit von Männern und Frauen und einen flächendeckenden Mindestlohn

170 Abbau von Lohnsubventionen wie die Aufstockung von Dumpinglöhnen, Rückbau der Leiharbeit und ordnungsgemäße Bezahlung bei öffentlichen Ausschreibungen.

Abbau von Subventionen, insbesondere ökologisch schädlicher Subventionen

175 Erhöhung Brennelementesteuer

Abschaffung der Steuerbefreiung für REITS (Real Estate Investment Trusts)

180 Das Konzept „Fortschritt und Gerechtigkeit“ der SPD im Bund ist auch gut für Bayern. Allein aus der Wiedereinführung der Vermögensteuer und der Reform der Erbschaftsteuer wird Bayern mehr als 1,5 Milliarden Mehreinnahmen pro Jahr verzeichnen können. Dabei wird es zu keiner Besteuerung von selbst genutztem Wohneigentum kommen; ebenso wird die Betriebsnachfolge bei Familienbetrieben erhalten bleiben.

185 Die Rücknahme der Klientelgeschenke von schwarz-gelb summiert sich fast auf eine weitere halbe Milliarde für Bayern und seine Kommunen. Die anderen steuerpolitischen Vorhaben, der Abbau von Subventionen und die sonstigen Maßnahmen bringen weitere 190 Milliarden in die bayerischen Kommunalhaushalte und den Landeshaushalt.

**III. Bayern: Finanzpolitische Kulissenschiebereien der CSU**

195 Die Haushaltspolitik der CSU im Freistaat Bayern ist eine finanzpolitische Kulissenschieberei. Blickt man hinter die Fassade von der „schwarzen Null“ im Haushalt des Freistaates Bayern stellen sich die Fakten ganz anders dar:

200 • Die CSU-Staatsregierung hat die Schulden des Freistaates in den letzten 15 Jahren verdoppelt: 1996 waren es 16,3 Milliarden, 2011 bereits 32,6 Milliarden Euro. In die Amtszeit von Horst Seehofer fallen alleine 10 Milliarden neuer Schulden.

• Trotz massiver Steuermehreinnahmen von 6,3 Milliarden Euro in den Jahren 2010-2012 wurde die Verschuldung nicht nennenswert gesenkt.

205 • Auch die 49 Privatisierungen von bayerischen Volksvermögen in Höhe von 7,3 Milliarden Euro seit 1993 haben den Anstieg der Schulden nicht gestoppt.

210 • Der Freistaat Bayern hat viele Lasten auf die Kommunen abgewälzt, um den eigenen Landeshaushalt besser aussehen zu lassen. Mit 28,9 Prozent Anteil an der Gesamtverschuldung stehen die bayerischen Kommunen deshalb deutlich höher in der Kreide als die Kommunen in anderen Flächenländern.

215 • Die versteckte Verschuldung des Freistaates Bayern, die nicht im Haushaltsplan auftaucht, beträgt mindestens 18 Milliarden. Darunter fallen die Kreditmarktschulden der

Kommunen, die Garantien für das marode ABS-Portofolio der bayerischen Landesbank, die nicht geleisteten Zahlungen an den Versorgungsfonds für Beamte, die unterlassene Instandhaltung von Staatstraßen und unzureichender Bauunterhalt.

## 220 **Die vier Taschenspielertricks der Staatsregierung**

Die vier Taschenspielertricks der bayerischen Staatsregierung, um die tatsächliche Finanzsituation in Bayern zu verschleiern, sind:

### 225 Trick 1: 1,46 Milliarden neue Schulden Euro pro Jahr einfach verschweigen

Die Staatsregierung behauptet, dass der Staatshaushalt 2011 und 2012 zum 6. und 7. Mal in Folge ohne Nettokreditaufnahme und damit ohne neue Schulden aufkommt. Die Wahrheit ist: Aufgrund des 2. Nachtragshaushaltes 2008 wurden zwischen Dezember 2008 und März 2009 insgesamt 10 Milliarden Euro am Kreditmarkt aufgenommen, um einen Zusammenbruch der BayernLB aufgrund der massiven Fehler des Vorstands und der CSU-Verwaltungsräte zu verhindern. Damit ist rechnerisch in jedem Haushaltsjahr von 2006 bis 2010 eine Neuverschuldung von 1,46 Milliarden Euro erfolgt.

### 235 Trick 2 : Verschiebung von Lasten in die Zukunft beim Versorgungsfond für Beamte

Der aktuelle Doppelhaushalt 2011/2012 kann nur deshalb ohne Nettoneuverschuldung ausgeglichen werden, weil finanzielle Lasten in massivem Umfang in die Zukunft verschoben werden. Laut Gesetz müssten 2011 und 2012 insgesamt 600 Millionen Euro für bereits jetzt bestehende Verpflichtungen für Pensionszahlungen an Beamte zurückgelegt werden. Seehofer und Söder nehmen die Zahlungen in den Pensionsfonds nicht vor und zerstören damit ein zentrales Instrument der bayerischen Vorsorgepolitik, das unter Edmund Stoiber mit Unterstützung der SPD aufgebaut wurde. Söder will auch 2013 und 2014 die Vorsorge massiv kürzen. Insgesamt verschiebt Söder damit 1 Milliarde Euro an Pensionslasten auf die nächste Legislaturperiode. Dazu kommt, dass die Nichteinzahlung ökonomischer Unsinn ist. Denn die Zinsen, die Versorgungsfond und -rücklage abwerfen, sind deutlich höher als die Kreditzinsen. Fachleute haben den Zinsvorteil bis 2016 auf etwa 250 Millionen Euro beziffert.

### 250 Trick 3 : Schwarz-gelb baut versteckte Verschuldung auf

Die CSU und FDP haben in ihrer Regierungsverantwortung durch den Verzicht auf Gebäude- und Straßenunterhalt, auf Erhaltungsinvestitionen und auf Sanierungen erhebliche versteckte Verschuldung aufgebaut. Diese Versäumnisse tauchen in keinem Haushaltplan auf, haben aber faktisch den gleichen Effekt wie offene Verschuldung. In einer betriebswirtschaftlichen Buchführung würden solche unterlassenen Investitionen das Vermögen mindern. Der Bayerische Oberste Rechnungshof „ hält die Entwicklung der Ausgaben für den Bauunterhalt für äußerst bedenklich. (...) Die für 2012 bereitgestellten Mittel sind keinesfalls ausreichend, um den dringend notwendigen, nachhaltigen Unterhalt der staatlichen Gebäude zu finanzieren.“

Die Staatsregierung opfert für Ihren Marketing-Gag in der Haushaltspolitik sogar die fiskalischen Grundrechenarten, den gesunden Menschenverstand und kaufmännische Verhaltensweisen. Ein guter Kaufmann würde nie auf Investitionen verzichten, die ihm in kurzer Zeit sichere und solide Rendite bringt. Nur einige Beispiele aus dem schwarz-gelben Sündenregister des Schuldenaufbaus durch Unterlassen:

• Die Wiederbesetzungssperre und die Unterbesetzung in der bayerischen Finanz- und Steuerverwaltung kostet nachweislich ein Vielfaches von dem, was sie vermeintlich einspart. 43,5 Prozent der Stellen bei der betriebsnahen Veranlagung, ebenfalls 43,5

Prozent der Stellen für Umsatzsteuerprüfer und 36,5 Prozent der Stellen für Steuerfahnder sind nicht besetzt. Der Finanzminister verzichtet dadurch auf Steuermehreinnahmen in Höhe von 460 Millionen Euro.

275

- Der Verzicht auf dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen in der staatlichen Infrastruktur und dem Bauunterhalt kostet ein Vielfaches von dem, was sie vermeintlich einsparen, weil sich damit die Schäden verschlimmern. Je länger die Erhaltungsinvestitionen verzögert werden, umso höher werden die notwendigen staatlichen Ausgaben in den Folgejahren.

280

- Der Verzicht auf notwendige Investitionen z.B. im Bereich der energetischen Maßnahmen, die sich nachweislich in kurzer Zeit amortisieren und danach die Energie- und Betriebskosten deutlich reduzieren und damit dem Staat Geld sparen.

285

- Die Kürzung der Mittel bei der Städtebauförderung, obwohl nachgewiesen ist, dass jeder Euro, der an staatlicher Förderung hier ausgegeben wird, mindestens sieben Euro weiterer kommunaler oder privater Investitionen nach sich zieht. Damit stellen allein die Mehrwertsteuereinnahmen aus den Maßnahmen die Refinanzierung sicher.

290

#### Trick 4: Vertuschung der Folgen des Landesbankdebakels

Ab 2014 kommen auf den Steuerzahler weitere 1,6 Milliarden Euro Finanzlasten durch die CSU-Fehler bei der Landesbank zu. Denn CSU und FDP haben eine Garantie für die Landesbank abgegeben, die die Verluste aus dem US-Immobiliengeschäft durch Steuerzahlergeld ausgleicht. Das von der CSU zu verantwortende Landesbank-Debakel hinterlässt den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern und der nächsten bayerischen Staatsregierung eine milliardenschwere Erblast:

295

300

Anstieg der Verschuldung des Freistaates seit Ende 2008 von 10 Milliarden auf 32,6 Milliarden Euro.

Jährliche Zinsbelastung von 350 Millionen Euro im Haushalt. Ende 2012 summiert sich die Zinsbelastung auf über eine Milliarde Euro.

305

Jeden Tag müssen 940.000 Euro dafür aus dem Haushalt aufgewendet werden.

Deshalb fordern wir die Einrichtung eines „Erblast-Fonds für das CSU-Landesbankdebakel“.

310

#### **Der CSU-Wahlkampf-Gag der Schuldenfreiheit**

Bei 32,4 Milliarden Euro Schulden müssten in den nächsten 18 Jahren jedes Jahr 1,8 Milliarden Euro getilgt werden, um Bayern bis 2030 schuldenfrei zu machen. Bisher haben Seehofer und Söder für die Schulden-Tilgung bis 2030 nur Ankündigungen gemacht, aber kein belastbares Gesamtkonzept vorgelegt. Der einzige Finanzierungsvorschlag ist bisher die Reform des von der CSU selbst ausgehandelten Länderfinanzausgleichs – die aktuelle Regelung läuft jedoch noch bis 2019, sodass erst die übernächste Staatsregierung die Ergebnisse einer Reform nutzen könnte.

315

320

Seehofer und Söder sagen nicht, wo sie sparen und kürzen wollen. Sie bleiben jede Antwort schuldig, wie sie gleichzeitig mehr investieren, Steuern zu senken und Schulden tilgen wollen. Das Versprechen, Bayern bis 2030 schuldenfrei zu machen, ist nichts anderes als finanzpolitischer Voodoo-Zauber ohne Bezug zu seriöser Finanzpolitik.

325

In vielen bayerischen Kommunen, in denen Sozialdemokraten Verantwortung tragen, ist das anders. Dort wird finanzpolitischer Spielraum konsequent zum Schuldenabbau  
330 genutzt, wo immer es möglich ist. So hat Christian Ude in München in den letzten 7 Jahren die Schulden der Landeshauptstadt halbiert. Selbst SPD-Bürgermeister Michael Adam, der die hochverschuldete Gemeinde Bodenmais übernommen hat, konnte ein Fünftel der Schulden abbauen.

335 Wir setzten auf seriöse Finanzpolitik. Ohne eine deutliche Stärkung der Einnahmebasis ist eine nachhaltige Reduzierung der Schulden des Bundes, des Freistaats und der bayerischen Kommunen nicht zu bewältigen. Das ist neben der Ausgabendisziplin eine wesentliche Grundlage für zusätzliche Investitionen in Bildung, Forschung und  
340 Infrastruktur.

#### **IV. Freistaat und Kommunen**

##### **1. Schuldentilgung auf dem Rücken der Kommunen**

345 Zu befürchten ist, dass die CSU eine Schuldentilgung auf dem Rücken der bayerischen Kommunen weiter fortsetzt. Nach dem Grundgesetz sind die kommunalen Finanzen staatsorganisationsrechtlich Teil der Länderfinanzen. Deshalb kann der Bund nicht direkt Finanzzuweisungen an die Kommunen geben, der Freistaat Bayern sitzt gegenüber den  
350 Kommunen am längeren Hebel. Die Verschiebung von finanziellen Lasten vom Freistaat zu den Kommunen hat bei der CSU lange Tradition. Dabei wird der Handlungsspielraum der bayerischen Kommunen eingeschränkt und der Landeshaushalt „kosmetisch aufgehübscht“.

##### **2. Schlechtes Bayernranking für die Kommunen**

355 Die über Jahre zu Lasten der Kommunen betriebene Haushaltspolitik der CSU hat dazu geführt, dass der Anteil der Kommunen an der Gesamtverschuldung (von Staat und Kommunen) in Bayern mit 28,9 Prozent am höchsten ist. Dies zeigt ein Vergleich aller  
360 anderen Flächen-Bundesländer: Erst mit weitem Abstand folgt Hessen mit 21,6 Prozent, schließlich der kommunale Schuldenanteil in Baden-Württemberg mit 12,1 Prozent. Bayern ist mit Rang 5 schlechter als der Durchschnitt bei den Kommunalschulden pro Kopf. Beim Pro-Kopf-Vergleich der staatlichen Schulden ist Bayern zwar vorne, beim Pro-Kopf-Vergleich der kommunalen Schulden mit 1.104 Euro allerdings nur auf Rang fünf  
365 von acht Flächenländern. Spitze ist Baden-Württemberg mit 549 Euro. Die kommunale Verschuldung pro Kopf ist in Bayern also mehr als doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg. Auch hier wird deutlich: Die CSU hat die Politik der „schwarzen Null“ auf Kosten der Kommunen betrieben.

##### **370 3. Dramatischer Anstieg notleidender Kommunen in Bayern**

Die Finanzsituation ist nicht überall, aber doch in vielen bayerischen Kommunen dramatisch, wie die Zahlen der Staatsregierung selbst belegen. 39 Prozent der bayerischen Kommunen konnten 2010 nicht die Zuführung zum Vermögenshaushalt  
375 erwirtschaften, d.h. nicht einmal mehr die Zinsen und Tilgung ihrer Kredite. Damit konnten zwei Fünftel der bayerischen Kommunen ihre Haushalte nicht ausgleichen, ein dramatischer Anstieg von noch knapp 10 % im Jahr 2008 und knapp 17 % 2009. 20 Prozent der Bayerischen Kommunen konnten überhaupt keinen Cent zum Vermögenshaushalt zuführen bzw. mussten Mittel aus dem Vermögenshaushalt in den  
380 Verwaltungshaushalt zuführen, das heißt Kredite für die laufenden Ausgaben aufnehmen. 2008 waren dies nur 2,8 Prozent der Kommunen. Die CSU-Politik hat innerhalb von zwei Jahren ein dramatischer Anstieg der notleidenden Kommunen um

das Siebenfache mit herbeigeführt.

385

#### **4. Kommunalen Finanzausgleich**

Die CSU betreibt Zentralismus im Umgang mit den bayerischen Kommunen. Sie werden mit 76 Fördertöpfen im kommunalen Finanzausgleich und 369 Fördertöpfen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs am kurzen Zügel gehalten.

390

Mit einer Verbundquote von 12,5 Prozent ist Bayern mit Abstand Schlusslicht unter den alten Flächenländern, was den Anteil der Kommunen am Steueraufkommen angeht. Der kommunale Anteil am Kfz-Steuerersatzverbund (früher Kfz-Steuerverbund) liegt bei 51 Prozent, er betrug schon mal 65 Prozent.

395

#### **5. Fehlanzeige Strukturpolitik**

CSU und FDP lassen Kommunen mit negativer demographischer Entwicklung alleine. Gerade dort müssen die Infrastruktur und die Daseinsvorsorge gesichert bleiben. Erforderlich ist ein treffsicherer und wirksamer Instrumentenmix aus regionaler und sektoraler Strukturpolitik sowie kommunalem Finanzausgleich, um erfolgreich gegensteuern zu können.

400

#### **6. Neue Lasten für die Kommunen**

Auch neue Lasten will der Freistaat den Kommunen nach Willen von Söder und Seehofer aufbürden. Etwa 1 Milliarde Euro sollen die Kommunen für das Landesbank-Debakel der CSU übernehmen. Der Freistaat will die 33.000 GBW-Wohnungen nicht selbst kaufen, sondern diese Lasten den Kommunen aufbürden. Das Drohszenario gegenüber den Kommunen ist ein Verkauf der Wohnung an Finanzinvestoren mit dramatischen Folgen für die 80.000 betroffenen Mieterinnen und Mieter.

410

#### **415 V. Länderfinanzausgleich**

##### **1. CSU und der aktuelle Länderfinanzierungsausgleich**

Der Länderfinanzausgleich nach Art. 107 Abs. 2 GG soll die „Unterschiede in der Finanzkraft einzelner Länder angemessen ausgleichen“. Hintergrund dieser Norm ist der Auftrag des Grundgesetzes möglichst einheitliche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen.

420

Der derzeitige Länderfinanzausgleich (von 2005 bis 2019), den Seehofer, Söder und die CSU heute als „offensichtlich verfassungswidrig“ beklagen, wurde von Edmund Stoiber persönlich verhandelt und als großer Erfolg für Bayern gefeiert. Horst Seehofer und die gesamte CSU-Landesgruppe haben ihm im Bundestag zugestimmt.

425

Wir haben die CSU Kritik seit 2008 immer wieder aufgefordert, ein Reformkonzept für den Länderfinanzausgleich vorzulegen. Das ist bis heute nicht geschehen. Der Versuch der CSU, die eigenen Fehler bei der Aushandlung und ihre Tatenlosigkeit seit 2008 jetzt durch Krawall zuzudecken ist einzig und allein dem Wahlkampf geschuldet.

430

Die CSU täuscht die Menschen bewusst über den Charakter des Länderfinanzausgleichs. Der Finanzausgleich gleicht die unterschiedliche Steuerkraft der Bundesländer aus, das heißt er ist ein schlichter Ausgleichsmechanismus für die Einnahmen. Die Ausgabensituation und die Verschuldungssituation bleiben dabei völlig unberücksichtigt und so sieht es das Grundgesetz auch vor. Ob ein Nehmerland keine Verschuldung hat,

435

440 hohe Verschuldung oder gar Rücklagen, spielt bei der Berechnung keine Rolle. Auch welche Ausgaben oder welche Ausgabenentwicklung ein Land hat, ob es einen ausgeglichenen Haushalt, einen Einnahmeüberschuss oder einen negativen Finanzierungssaldo wird nicht berücksichtigt.

## 445 **2. Die Position der BayernSPD**

Jedes Ausgleichssystem muss immer wieder überprüft werden. Wir sind der Überzeugung, dass der Anreiz für die Gewinnung zusätzliche Steuereinnahmen bei Geber- und Nehmerländer durch den jetzigen Ausgleichsmechanismus zu gering ist.  
450 Deshalb hat die SPD im Landtag eine Reform des Länderfinanzausgleichs mit einer Verringerung der bayerischen Ausgleichszahlung gefordert. Die CSU hat sich dem seit Jahren verweigert und Polemik an die Stelle konkreter Konzepte zur Veränderung gesetzt. Eine SPD-geführte bayerische Staatsregierung wird nach der Landtagswahl 2013 mit den Verhandlungen darüber beginnen, wie und in welcher Form die Bund-Länder-  
455 Finanzbeziehungen neu geordnet werden. Wir werden uns dabei für eine Föderalismusreform III einsetzen,

die die Bund-Länderbeziehungen auf neuen und stabile Füße stellt,

460 die gleiche Lebensbedingungen in allen Bundesländern als Ziel verfolgt,

die das Kooperationsverbot bei der Bildung aufhebt,

465 die die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei der Steuerverwaltung grundlegend verbessert.

Wir werden anders als CSU geradlinig bayerische Interessen vertreten, ohne jemals zu vergessen, dass der Erfolg unseres Gemeinwesens auf sozialem Ausgleich beruht, von dem Bayern auch stark profitiert und vor allem in der Vergangenheit profitiert hat.  
470 Wir bekennen uns deshalb ausdrücklich zum Länderfinanzausgleich mit dem Ziel, gleiche Lebensbedingungen in der Bundesrepublik zu schaffen. Wirtschaftlich starke Länder wie Bayern müssen ihren solidarischen Beitrag zur Stärkung der derzeit wirtschaftlich schwächeren Länder leisten.

475 Wir werden anders als die CSU geradlinig für einen sozialen und finanziellen Ausgleich innerhalb Bayerns und im Bund eintreten, ohne jemals zu vergessen, dass Solidarität und Selbsthilfe zwei Kehrseiten ein und derselben Medaille sind und dass ein vernünftiger Ausgleich zwischen Geben und Nehmen erfolgen muss.

480 Die CSU setzt auf Fiskalpopulismus zwischen Überheblichkeit und leerer Versprechen. Wir setzen darauf, mit Vernunft, Ehrlichkeit und Solidität die Interessen Bayerns bei einer Reform des Länderfinanzausgleichs erfolgreich durchzusetzen und zugleich bundesstaatliche Solidarität zu praktizieren.

485

### **VI. Besser für Bayern: Sozialdemokratische Eckpunkte solider Finanzpolitik für den Freistaat:**

490 1. Die BayernSPD bekennt sich zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Damit der Staat handlungsfähig bleibt, muss Konsolidierung beides umfassen: Einnahmen verbessern und Ausgaben im Griff halten. Wenn wir dies nicht tun, führt dies zu einer Erosion der staatlichen Leistungsfähigkeit oder aber zur Verschuldung, ob nun offen oder versteckt. Verschuldung kann keine dauerhafte Problemlösung sein. Dauerhafte  
495 Verschuldung stellt im Gegenteil eine Form der Umverteilungspolitik dar, bei der Banken, private Vorsorgeinstitute und Inhaber von Staatsanleihen die Zinsen erhalten, die der



Steuerzahler zur Aufrechterhaltung des Gemeinwohls zahlt.

2. Die BayernSPD bekennt sich zu einem starken, leistungsfähigen Staat der kriseninterventionsfähig ist. Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise war doch  
500 ein hervorragendes Beispiel, dass nicht die neoliberalen Rezepte geholfen haben, sondern eine von sozialdemokratischen Grundsätzen geprägten Konjunkturpolitik. Die Ausgaben für z.B. die Kurzarbeiterregelung, die Konjunkturprogramme in öffentliche Infrastruktur, die Abwrackprämie etc. konnte durch die damit verbundene wirtschaftliche Erholung, die erhöhten (Steuer)Einnahmen und vermiedenen  
505 Zusatzkosten (z.B. Finanzierung von Arbeitslosigkeit) wieder refinanziert werden. Deshalb ist auch die Kürzung bei den Investitionen oder bei Förderung in Investitionen kontraproduktiv, weil gerade sie Zusatzeffekte auslösen, die zu neuen Staatseinnahmen führen.

3. Unser Verständnis von Haushaltskonsolidierung unterscheidet sich von Liberalen und auch von den Konservativen. Ausgeglichene Haushalte sind keine Rechtfertigung für unsoziale Politik. Wir treten entschieden gegen eine Politik ein, die unter dem Vorwand des Schuldenabbaus unsoziale Verteilungs- und Steuersenkungspolitik, Sozial- und Bildungsabbau, Privatisierungen sowie Lohndumping im öffentlichen Dienst und bei  
515 öffentlichen Aufträgen betreibt. Es gibt keinen Anlass, die Staatsquote in Deutschland zu senken; im Gegenteil gibt es einen erheblichen Bedarf an zusätzlichen Leistungen des Staates z.B. in der Bildungspolitik, in der Pflege und bei der sozialen Infrastruktur, die solidarisch zu finanzieren sind.

4. Die sog. „Schuldenbremse“ im Art. 109 Grundgesetz gilt zwingend ab 2020 auch für alle Länder. Wir halten es für richtig, Mechanismen zu haben, die in konjunkturell guten Zeiten, die staatlichen Gebietskörperschaften zum Schuldenabbau anhalten, um in Krisenzeiten wieder gegensteuern zu können (antizyklische Finanzpolitik). Die Regelung  
525 des Art. 109 GG erfordert eine landesrechtliche Umsetzung. Wir wollen in Bayern die Ausgestaltung der Konsolidierungsregelung noch effektiver und besser machen. Deshalb wollen wir eine Schuldenregel in die Bayerische Verfassung aufnehmen, die auch die Gewährleistung der Einnahmeseite, die Sicherung des öffentlichen Investitionsbedarfs und der Sozialaufgaben zwingend in den Blick nimmt. Die Organe des Freistaates Bayern  
530 müssen dazu angehalten sein auf der Bundesebene keinen Steuerklientelgeschenken zuzustimmen und in Bayern die Einnahmeseite aktiv zu verbessern, zum Beispiel durch bessere Betriebsprüfung und Steuerfahndung. Gerade die schwarz-gelbe Klientelpolitik der letzten Jahre ist der Beleg für die Notwendigkeit einer solchen „Steuersenkungsbremse“. Nur so können Sozialabbau und Schuldenabwälzung auf die Kommunen bei der Konsolidierung des Landeshaushalts verhindert werden. Eine in der  
535 bayerischen Verfassung verankerte Schuldenbremse darf weder den Verfassungsgrundsätzen der Demokratie, des Rechts- und Sozialstaats noch gesellschaftspolitischen Zielen wie gleichwertigen Lebensverhältnissen, dem flächendeckendem Angebot an Ganztagschulen, dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und den Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zuwiderlaufen. Sie  
540 muss den Vorgaben der Bayerischen Verfassung nach verhältnismäßiger und angemessener Besteuerung von Einkommen und Vermögen (Art. 123), der wirksamen Besteuerung arbeitslosen Einkommens (Art. 168), den Anspruch auf Bildung (Art. 128), den Aufgaben des Staates bei Kunst, Wissenschaft und Erwachsenenbildung (Art. 139, 140), dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Art. 141) und der Deckung des  
545 notwendigen Lebensbedarfs (Art. 151) Nachdruck verleihen.

Diese Vorgaben sind für die BayernSPD Leitlinie für die Verhandlungen über die  
550 Ausgestaltung und Maßstab für eine Zustimmung zu einer Schuldenbremse.

5. Für zukunftsfähige Haushalte und für die Konsolidierung auf der Einnahmeseite ist die Sicherung einer soliden staatlichen Einnahmebasis unverzichtbar. Dazu gehört für uns die in Kapitel II. beschriebene Umsetzung der Maßnahmen und Steuervorschläge im  
555 Bund. Diese bringen selbst bei vorsichtiger Schätzung mehr als 3 Milliarden Mehreinnahmen für die bayerischen Kommunen und den Freistaat.

6. Wir werden und können in Bayern selbst zu Verbesserung der Einnahmesituation beitragen: Hierzu gehört die Herstellung von Steuergerechtigkeit. Eine bessere  
560 Ausstattung der Bayerischen Steuerverwaltung, damit wir endlich einen gerechten Steuervollzug in Bayern bekommen und der Ehrliche nicht länger der Dumme ist. Hinzu kommt ein konsequenter Kampf gegen Steuerhinterziehung (auch durch den Ankauf von Daten über Steuerhinterziehung), die Verbesserung der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Schwarzarbeit durch personelle Aufstockungen und  
565 Schwerpunktstaatsanwaltschaften und die Verbesserung der Kooperation zwischen den Behörden. Wir werden die Ausgaben von Kommunen reduzieren und die Einnahmen auch des Freistaates verbessern, in dem wir Lohndumping bei öffentlicher Auftragsvergabe unterbinden.

570 7. Die BayernSPD will den Länderfinanzausgleich modernisieren und die Belastungen Bayerns reduzieren, ohne die Solidarität aufzukündigen. Wir wollen mithelfen ein tragfähiges Konzept für einen für Geber- wie für Nehmerländer anreizstarken Länderfinanzausgleich vorlegen.

575 8. Die BayernSPD steht für starke und leistungsfähige Kommunen. Neben der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer, setzen wir auf mehr finanzielle Autonomie der Kommunen in Bayern. Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich überprüfen, insbesondere um die dramatische Finanzlage der vieler  
580 Kommunen abzumildern und ländliche Räume besser zu berücksichtigen. Wir werden die Kürzung der bayerischen Mittel bei der Städtebauförderung zurücknehmen.

9. Die Konsolidierung auf der Aufgabenseite setzt eine CSU-„Schluss“-Bilanz im doppelten Sinne des Wortes voraus. Wir werden Schattenhaushalte abschaffen und  
585 Wahrheit und Klarheit in den bayerischen Staatshaushalt bringen. Insbesondere brauchen wir einen Erblasten-Tilgungsfond für das CSU-Landesbankdebakel.

10. Bei der Konsolidierung auf der Ausgabenseite legt die BayernSPD ihr besonderes Augenmerk auf:

590 **eine ehrliche Aufgabenkritik und die Erhöhung der Aufgabeneffizienz**  
Um die Staatsausgaben im Griff zu halten ist eine ehrliche Aufgabenkritik erforderlich. Die Reduzierung von Ausgaben läuft bei der bisherigen Staatsregierung meist mit der Methode „Rasenmäher“, ob bei den Sachkosten, ob bei den Investitionen oder bei den  
595 Personalkosten. Der Grund liegt darin, dass sich die Staatsregierung um eine echte Aufgabenkritik immer herumgedrückt hat. Bestes Beispiel war die Verwaltungsreform. Hier wurde häufig Personalabbau verordnet, ohne die Aufgaben entsprechend zu reduzieren. Auch bei der Ausstattung der Ministerien und der Staatskanzlei, den Resonanzstudien, der Ausstattung für ehemalige Ministerpräsidenten und den Kosten  
600 für die Öffentlichkeitsarbeit lässt die CSU eine Aufgabenkritik und Kostenbewusstsein vermissen.

**mehr Übertragung von Verantwortung auf die mittleren und unteren staatlichen Ebenen**  
Notwendig ist die Effizienz der Aufgabenerledigung zu steigern. Effizienz setzt Anreize  
605 voraus, Aufgaben zugleich gut und kostenbewusst zu erledigen. Dies werden wir nicht schaffen mit dem CSU-Verständnis von staatlichem Zentralismus bis ins jede Detail. Wir brauchen dringend mehr dezentrale Haushaltsverantwortung für Behörden und

Einrichtungen des Freistaates des Bayern. Behörden und Einrichtungen sind dabei so mit Finanzmitteln auszustatten, dass sie die ihnen zugewiesenen Aufgaben effektiv erledigen können; ein Abwälzen der Verantwortung für Einsparungen auf die Einrichtungen und Behörden durch zunehmende Budgetverknappung lehnen wir ab. Der bisherigen Praxis der dezentralen Budgetverantwortung hat der Oberste Rechnungshof ein denkbar schlechtes Zeugnis ausgestellt.

615 **die Bekämpfung von Verschwendung, den Verzicht auf unnötige Projekte und besseres politisches Controlling von staatlichen Projekten**

Ein großes Potential für die Ausgaben liegt in der besseren Planung und effizienteren Kostenkontrolle staatlicher Projekte. Die Zahl der Projekte der Staatsregierung, bei denen hier massive Defizite vorliegen, sind Legion, wie die jährlichen Rechnungshofberichte zeigen, die jeweils aber nur einen kleinen Ausschnitt der staatlichen Projekte beleuchten können.

620 Das gleiche gilt für die „Gutachteritis“ der bisherigen Staatsregierung, die sich jährlich nach der letzten Feststellung des Obersten Rechnungshofs auf 40 Millionen Euro summieren.

625 Wir müssen auch Projekte auf den Prüfstand stellen, die bei hohen Kosten einen niedrigen volkswirtschaftlichen Nutzen und negative ökologische Auswirkungen haben, wie z.B. die Fortsetzung des Donauausbaus.

630 **die Überprüfung und den Abbau von Subventionen, insbesondere bei ökologisch schädlichen Auswirkungen**

Einsparungen sind durch den Verzicht und die Rücknahme von Klientel-Geschenken, Privilegien und solchen Subventionen zu realisieren, die falsche ökonomische und insbesondere ökologische Anreize setzen.

635 **die Bekämpfung des Prinzips „Gewinne privatisieren, Lasten sozialisieren“**

Wir stehen für eine konsequente Bekämpfung der Methode „Gewinne privatisieren, Lasten sozialisieren“. Ein Beispiel, bei dem FDP und CSU bislang diese verwerflichen Methode auch noch unterstützen: Die Verweigerung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns führt zur staatlichen Subvention von Dumpinglöhnen. Durch den Mindestlohn wären hier jährlich 11 Mrd. Euro pro Jahr beim Gesamtstaat und Sozialversicherungen für eine sozial und ökonomisch unsinnige Subvention einzusparen.

Bayern braucht eine neue Finanzpolitik. Eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung wird sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wir werden die Finanzpolitik in Bayern wieder auf solide und demokratische Beine stellen. Der Wohlstand für alle Menschen in Bayern und die Zukunft Bayern kann nur gestaltet werden, wenn wir jetzt richtig vor allem in Bildung, Forschung, Infrastruktur und die Energiewende investieren. Wir wollen die Verteilung von unten nach oben beenden. Dazu ist es auch notwendig Staatsschulden abzubauen. Dafür brauchen wir solide und dauerhaft gesicherte Staatseinnahmen genauso wie eine sozial gerechte Konsolidierung der Staatsausgaben.